



HESSISCHER LANDTAG

20. 01. 2004

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Abg. Siebel, Schaub, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Innovation und Profil für hessische Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, als Konsequenz aus dem Innovationsbedarf hessischer Hochschulen Konsequenzen zu ziehen:

1. Die finanzielle Basis der Hochschulen muss wieder auf ein gesichertes Fundament gestellt werden. Deshalb fordert der Hessische Landtag die Landesregierung auf, noch in diesem Jahr mit den Neuverhandlungen um einen Hochschulpakt II zu beginnen. Dabei muss erreicht werden, dass für die erbrachten Leistungen der Hochschulen auch ehrliche Preise gezahlt werden. Die Arbeitsergebnisse der Evaluationsgruppe zur leistungsorientierten Mittelzuweisung sind in die Verhandlungen einzubeziehen.
2. Der Hessische Landtag begrüßt die Pläne der Bundesregierung, die Förderung des Technologietransfers von den Hochschulen in die Wirtschaft weiter voranzubringen. Er fordert die Landesregierung auf, endlich ein schlüssiges Konzept für einen wirksamen und erfolgreichen Wissenschaftstransfer vorzulegen.
3. Das Modellhochschulgesetz für die TU Darmstadt muss umgehend in die parlamentarische Beratung eingebracht werden. Es muss dabei der Hochschule ermöglicht werden, in Eigenverantwortung über Personal entscheiden zu können und sich selbst die Entscheidungsstrukturen zu geben, die notwendig sind. Darüber hinaus muss der Hochschule die Bauherreneigenschaft übertragen werden.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, im Sinne der Ankündigung der Bundesregierung Mittel für die Umsetzung des Bologna-Prozesses zu mobilisieren. Insbesondere für Spitzenforschung müssen neue Mittel mobilisiert werden. Dies gilt insbesondere für die Ausbildung von Exzellenz-Zentren an hessischen Hochschulen. Der Bologna-Prozess muss mit einer quantitativen und qualitativen Ausstattung der Akkreditierungen durch den Bund begleitet werden. Hochschulen, die diesen Prozess schneller beschreiten wollen, müssen darin unterstützt werden

Begründung:

Mit dem von der SPD vorgelegten Papier der Weimarer Leitlinien, "Innovation - unser Land gerecht erneuern", ist eine konstruktive und nach vorne gerichtete Diskussion auch über die Forschung in Hessen angestoßen worden. Durch die Anstrengungen der Bundesregierung seit 1998 ist der Anteil der Studierenden eines Jahrgangs von 28,5 v.H. auf 35,6 v.H. gesteigert worden. Dies ist durch eine Verbesserung der BAföG-Leistungen, aber auch durch eine substanzielle Forschungsförderung geleistet worden. Es ist kontraproduktiv, wenn nach einer solchen Kraftanstrengung die Mittel für den Hochschulbau eingefroren werden.

In Hessen wurde der Prozess der Profilbildung der Hochschulen insbesondere von den Universitäten erfolgreich begonnen. Es gilt nun, diesen Prozess

weiter zu begleiten und nach Möglichkeit zu verstärken. Dazu gehört das Modelluniversitätsgesetz, das einer Hochschule einräumt, modellhaft zu erproben, welche zusätzlichen Elemente autonomen Handelns und Entscheidens die Qualität von Forschung und Lehre in Hessen verbessern können.

Der Bruch des Hochschulpaktes im letzten Jahr war für diesen Prozess nicht hilfreich. Deshalb muss der Hochschulpakt umgehend neu verhandelt werden, die Parameter der leistungsorientierten Mittelzuweisung müssen den Erfahrungen des ersten Jahres angepasst werden und hauptsächlich muss das Verfahren der Parameterentwicklung transparent gestaltet werden, um dies demokratisch kontrollieren und verbessern zu können.

Die Stärke der hessischen Hochschulen liegt in ihrem breit angelegten Ausbildungsangebot. Diese Stärke muss fortentwickelt werden, denn Spitzenforschung kann nur durch Breitenförderung erreicht werden.

Wiesbaden, 20. Januar 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter

Siebel
Schaub
Dr. Spies